

Name: Wolfgang Rehm

Anschrift: Währinger Straße 59, 1090 Wien

Einwendung/Stellungnahme zum Vorhaben „Deponie Marchfeldkogel“

Stellungnahme Wolfgang Rehm (Teil 1 Siehe Beilage 18)

Nochmals wird darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, das Schreiben mit dem auf Deponierung von Material im Ausmaß von mehr als 1 Million Tonnen hingewiesen wird lediglich an die AWG Behörde und die BH weitergegeben wird. Hier wird insbesondere auf die Strafbestimmungen des §45 UVPG (Abs.1) hingewiesen nach denen mit bis zu € 35 000 zu bestrafen ist, wer ein UVP-pflichtiges Vorhaben (§§ 3, 3a, 23a und 23b) ohne die nach diesem Bundesgesetz erforderliche Genehmigung (§§ 17, 24f) durchführt oder betreibt; wobei die UVP-Behörde dann zuständig ist wenn es sich nicht um eine gerichtlich strafbare Handlung vorliegt

Ebenso liegen mit 4% Überschreitung des JMW Luft und der Abweichung der beantragten Abfallarten von der im Genehmigungsantrag ausgewiesenen Baurestmassendeponie gleich zwei Sachverhalte vor, die die Behörde zu einer Abweisung im Sinne des §5 Absatz 6 UVPG hätten veranlassen müssen.

Auch nach mehrmaligem und wiederholten Nachfragen war die Behörde nicht in der Lage, Ausmaß und Verlauf der offenen Flächen darzulegen. Die angegebenen 6.000 m<sup>2</sup> an (emissionswirksamer) offener Fläche blieben auch angesichts der Gesamtprojektgröße von 112ha unplausibel und widersprechen (anknüpfend an die vorangegangenen Ausführungen der Lt. Abg Petrovic) sowohl den Denkgesetzen der Logik als auch der Erfahrung des täglichen Lebens.

Auf die beiden (von RA List auch im Namen der Umweltorganisation VIRUS gestellten UVP Feststellungsanträge wird verwiesen.

Hinsichtlich der Abfallarten bleibt unklar warum zahlreiche als bedenklich erachtete Schlüsselnummern beantragt wurden wenn gleichzeitig erklärt wird dass keine

Absicht bestehe, sie hier zu lagern. Den Ausführungen der SV für Abfallchemie, dass es in der Ostregion keine Vorkommen von etwa Carbidschlamm gäbe und die Projektwerberin ihrer Erwartung nach sicherlich auch nicht willens sein würde derartige Abfälle zu lagern ist entgegenzuhalten, dass es nicht Gegenstand des Verfahrens ist, Genehmigungsentscheidungen auf Basis lediglich von Willensbekundungen basieren zu lassen, sondern sich die Genehmigungsfähigkeit nach dem Antragsgegenstand und dem Umfang des Antrags zu richten hat. Nachdem die Projektwerberin sich auch auf Aufforderung der SV dazu veranlasst sah, einen Teil der beantragten Abfallarten zurückzuziehen bedurfte es erst der Nachfrage des Unterfertigten, diesbezüglich genaue Unterlagen zu erhalten. Nachdem es sich um lediglich vier ausgestufte gefährliche Abfallarten handelt verblieben immer noch acht, sowie insgesamt 101 Arten.

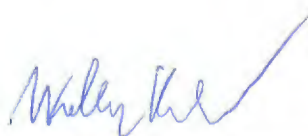
Der Sachverständige für Verkehr machte in seinem Gutachten wiederholt die Anmerkung, dass die Bearbeitungen der Projektwerberin in Ergebnis und Methodik für ihn nicht nachvollziehbar sind. Gleichartige Äußerungen begleiteten seinen Vortrag in der heutigen mündlichen Verhandlung. Formulierungen wie „ es kann sein dass diese Zahl realistisch ist“ erweckten alles andere als den Eindruck der erforderlichen gesicherten Beurteilung des Sachverhalts. Es wäre in einer derartigen Situation eine Notwendigkeit gewesen, so lange entsprechende Verbesserungsaufträge zu erteilen, bis die Projektwerberin ausreichend Unterlagen vorgelegt hat, die die erforderliche Nachvollziehbarkeit herstellen und eine Beurteilung des Fachbereiches Verkehr überhaupt erst ermöglichen. Insbesondere aufgrund der eminenten Bedeutung des Fachbereichs Verkehr als Grundlage für die Immissionsberechnungen Lärm und Luft ist es absolut unverständlich ja geradezu ungeheuerlich, dass der Sachverständige dies nicht getan sondern dennoch einfach dem Projekt die Umweltverträglichkeit bescheinigt hat

Die Orientierung an dem genannten Handbuch Verkehr entbindet den Sachverständigen nicht von der Verpflichtung zur Eigenverantwortung im Sinne seines Fachwissens und seiner persönlichen Verantwortung (und Sachverständigenhaftung) auch mehr zu tun und sich nicht dadurch einengen zu lassen.

Festzuhalten ist jedenfalls, dass die Projektwerberin (abgesehen von der Unvollständigkeit der Angaben über die Fahrbewegungen insgesamt) sich nicht dazu bereit erklärt hat, die angegebenen LKW-Fahrten auch als rechtsverbindliche Grenze zu deklarieren es sich also lediglich um Abschätzungen handelt. Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der kontrollierten Bedingungen die Voraussetzungen zukünftige Fahrbewegungen deutlich besser zu ermitteln sind als bei sonstigem Straßenverkehr, ebenso wird verwiesen auf die den genannten S8 Untersuchungen zugrunde liegenden Unsicherheiten und festgestellt dass dem SV diese Untersuchungen nicht bekannt sind obwohl sie dem ggst. Projekt in der neueren Verkehrsbearbeitung zugrundegelegt wurden.

Betreffend Fachbereich Luftschadstoffe stellt der Sachverständige fest, dass sein Gutachten dem Vorhaben die Umweltverträglichkeit nicht bescheinigt, ebenso wurde festgestellt, dass das Irrelevanzkriterium von 1% bzw. 3% bezogen auf den JMW bzw. TMW nicht in Frage gestellt wird. Nicht abgedichtete Manipulationsgebäude ohne Absaugung und Filterung erwiesen sich im Rahmen der Verhandlung als neu für den SV. Ungeachtet der Verantwortung für diesbezügliche Kommunikationsmängel ist dieser Sachverhalt ebenso wenig einer Genehmigung förderlich, wie die als nicht dem Stand der Technik klassifizierten Straßen im Projektgebiet. Nachdem schon der NÖ Umweltanwalt in seiner Stellungnahme sinngemäß angemerkt hat, dass die Projektwerberin jedenfalls umfassende Nachbesserungen vornehmen muss. Der angeführte Sachverhalt insbesondere was den Fachbereich Luftschadstoffe betrifft ist unter diesen Voraussetzungen jedenfalls ausreichend für eine Abweisung für die Behörde. Der Unterfertigte richtet daher abschließend an die Projektwerberin den Appell, den Genehmigungsantrag zurückzuziehen.

Markgrafneusiedl, am 15.07.2015



---

(eigenhändige Unterschrift)